

Diakonie 
Allgäu

#MeineDiakonie 
Wir brauchen
Dich!

Jahresbericht der Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe in Kempten

**Zeitraum/ Berichtsjahr: 01.06.2022 bis
31.05.2023**

Vorwort

Die Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe der Diakonie Allgäu begann ihre Arbeit am 1.12.2019 zunächst als Modellprojekt, finanziert durch den Freistaat Bayern. Nach Beendigung des Modellprojektes zum 30.09.2021 und einer Übergangszeit bis zum 31.05.2022 wurde die Fachstelle ab 01.06.2022 mit einer Vollzeitstelle neu besetzt und ging in die Regelfinanzierung durch die Stadt Kempten über.

Es wurde eine weitere Modellphase bis zum 31.12.2023 vereinbart und ein entsprechender Kooperationsvertrag zur Aufgabenwahrnehmung der Sozialberatung in den städtischen Notunterkünften geschlossen.

Aufgabe der Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe der Diakonie ist die Beratung und Begleitung der Menschen, die aufgrund eines Wohnungsverlusts ordnungsrechtlich in einer Notunterkunft der Stadt Kempten untergebracht sind.

1. Verlauf :

Frau Piersig nahm zum 01.06.2022 ihre Arbeit in der Fachstelle für Wohnungsnotfallhilfe auf. Es erfolgte zeitgleich eine kurze Übergabe- und Einarbeitungsphase durch die beiden vorherigen Kolleginnen Frau Pammer und Frau Schönwolff, die das Modellprojekt aufgebaut und begleitet hatten.

In den ersten Monaten der Arbeitsaufnahme standen schwerpunktmäßig im Vordergrund: die Einarbeitung allgemein, das Kennenlernen der organisatorischen Abläufe, Hospitationen bei den wichtigsten Kooperationspartnern intern und extern, Vorstellung in den verschiedenen Gremien, Ausschüssen und Arbeitskreisen, insbesondere aber auch das Kennenlernen der BewohnerInnen in den Notunterkünften.

Die BewohnerInnen wurden über die Neubesetzung der Fachstelle informiert, teilweise noch durch die Kolleginnen des Modellprojektes und durch die Stelleninhaberin persönlich in Form von Rundgängen, Flyern und Aushängen in den Notunterkünften.

Zudem boten die niederschweligen Angebote vor Ort (Lebensmittelausgabe, „Kaffee und Keks“, Frühstück im Freien etc.) eine gute Möglichkeit, mit den Menschen vor Ort in Kontakt zu treten und sich bekannt zu machen.

In der zweijährigen Modellprojektphase war durch die beiden KollegInnen ein guter Grundstein gelegt worden, auf dem die weitere Arbeit der Fachstelle aufbauen konnte.

Die wichtigsten Kooperationspartner waren bereits über die Fachstelle und deren Aufgabenbereiche informiert.

Dadurch war die Fachstelle in den Fachkreisen größtenteils schon bekannt und es gab schon eine gewisse „Infrastruktur“, auf die man zurückgreifen konnte.

Es galt hier schwerpunktmäßig, die personelle Neubesetzung in Fachkreisen bekannt zu machen und das „Netzwerk“ auszubauen.

Auch von Seite der KlientInnen hatte die Fachstelle in den Notunterkünften und darüber hinaus einen recht hohen Bekanntheitsgrad erlangt. Dies machte sich bereits in der Anfangszeit seit dem Stellenantritt bemerkbar. Es gab eine konstante Anzahl an Terminanfragen und Telefonkontakten von bereits bekannten KlientInnen, aber auch von Hilfesuchenden, Angehörigen oder Fachdiensten, die erstmals Kontakt zur Fachstelle aufnahmen. Zudem fanden viele „spontane Kontakte“ an der Bürotür statt, die im Rahmen des niederschweligen Beratungsangebotes wahrgenommen wurden. Des Weiteren wurden die - während der Modellphase geschaffenen - niederschweligen Angebote wie „Kaffee und Keks“, die Lebensmittelausgabe u.a. in Kooperation mit Talk Inn und Stadtteilbüro Kempten- Ost gleichbleibend gut angenommen, weitergeführt und ausgebaut. „Kaffee und Keks“ findet nach wie vor jeweils am Dienstag und am Freitag in der Reinhartser Str. und am Montag im Schuhmacherring von 10 bis 11 Uhr statt.

Wie bereits bei den Kolleginnen des Modellprojektes fand ein intensiverer Austausch mit den Netzwerkpartnern, die mit der Belegung und den organisatorischen Abläufen in den Notunterkünften direkt involviert waren (z.B. BSG und Ordnungsamt), statt.

Aber auch regelmäßig monatlich stattfindende Jourfix- Termine mit der städtischen Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit (Herrn Koops) wurden zum festen Bestandteil in der Zusammenarbeit.

Sie boten eine gute Möglichkeit, sich gegenseitig über Entwicklungen, Problemstellungen in den Unterkünften, Projekte, auszutauschen und entsprechend an die zuständigen Gremien und Abteilungen weiter zu „transportieren“.

Die Zusammenarbeit wurde unsererseits als konstruktiv und positiv empfunden.

Das Ordnungsamt informierte i.d.R. in monatlichen Abständen über erfolgte Neueinzüge und brachte die Fachstelle über die Belegung der Unterkünfte auf den aktuellen Stand, z.B. in Form von Belegungslisten. Dadurch eröffnete sich die Möglichkeit, sich persönlich bei den „Neueinziehenden“ bereits während der Einweisung in die Unterkunft vorzustellen. Zeitgleich wurde den einziehenden KlientInnen immer ein Flyer der Fachstelle durch den zuständigen Mitarbeiter der BSG ausgehändigt. Dies erwies sich als eine große Unterstützung, v a. in Bezug auf die aufsuchende Arbeit. Somit konnte schneller ein persönlicher Kontakt aufgebaut und Berührungspunkte abgebaut werden. Es zeigte sich, dass sich ein erster schneller persönlicher Kontakt meist positiv auf die weitere Zusammenarbeit auswirkte.

2.Statistische Daten und Erkenntnisse

2.1 Fall-, und Beratungszahlen

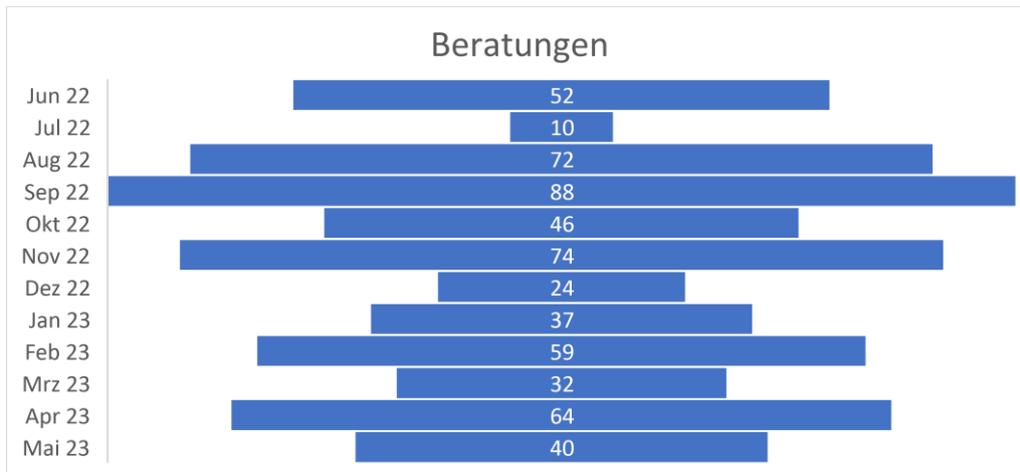
Derzeit sind (Stand 01.06.2023) 148 Erwachsene und 22 Kinder ordnungsrechtlich in den Notunterkünften Reinhartser Str. 2, 8, 10, 12; Bleicherstr. 5,7 und Schuhmacherring 123 untergebracht.

Im Zeitraum vom 01.06.22 – 01.06.23 gab es 100 neue Fallzugänge.

Von den 148 Erwachsenen sprachen 94 Personen in der Beratungsstelle vor oder wurden aufsuchend erreicht.

Es fanden im genannten Zeitraum 598 Beratungen in der Beratungsstelle bzw. telefonisch statt.

Rechnet man die telefonischen Einmalkontakte und Einzelkontakte hinzu, die z.B. während den niederschweligen Angeboten stattgefunden haben, ergibt sich eine Gesamtberatungszahl von ca. 900 Beratungen.



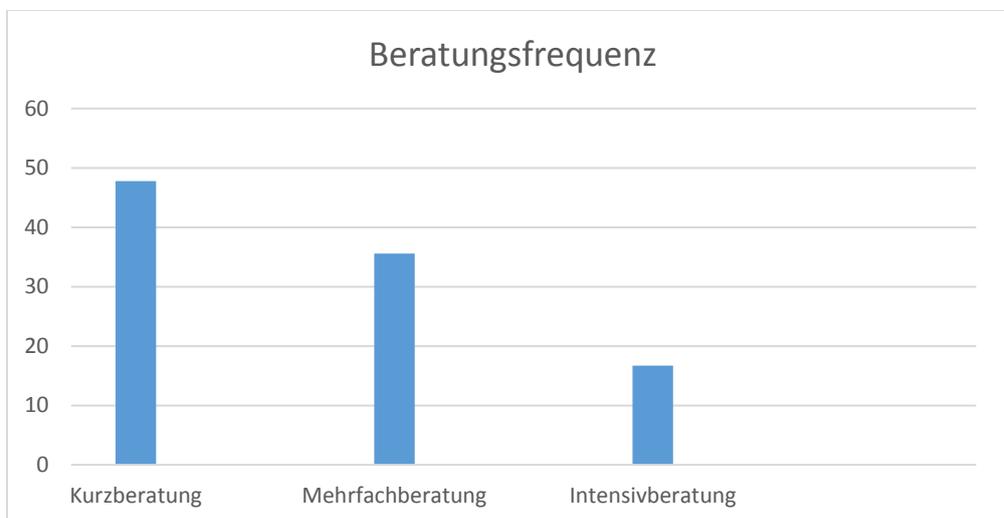
Zeitraum 01.06.22 – 01.06.23

Im erfassten Beratungsjahr fanden **598 Beratungen bei 94 Personen statt**, die entweder in der Beratungsstelle vorsprachen oder aufsuchend erreicht wurden.

Die Schwankungen der Beratungszahlen im Jahresverlauf sind auf Urlaubs- und Krankheitsausfälle zurückzuführen, die sich durch die Einzelbesetzung der Stelle bemerkbar machen.

In diesen Zeiträumen fand keine Beratung in den Notunterkünften statt.

Die Allgemeine Sozialberatung (KASA) der Diakonie stand während der Urlaubszeit und bei Krankheitsausfällen für „dringende Notfälle“ und für Postabholer als Ansprechpartner zur Verfügung.

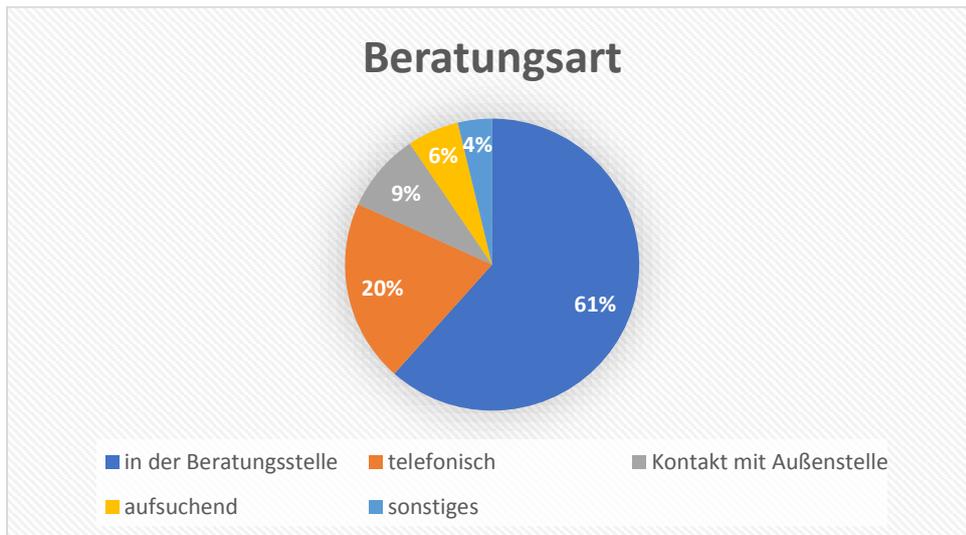


In Prozent - Zeitraum 01.06.22 – 01.06.23

Kurzberatung: 1-3

Mehrfachberatung: 4-9

Intensivberatung: ab 10



In Prozent, Zeitraum 01.06.22 – 01.06.23

Es wird ersichtlich, dass ein Großteil der Menschen, die vorsprachen (61%) das Büro in der Reinhartser Str. 8 aufsuchten.

Dies zeigt, wie bereits dargestellt, dass sich die Fachstelle in den letzten 3 Jahren recht gut etabliert hat und den meisten der BewohnerInnen bekannt ist.

Neben den terminlich vereinbarten Beratungen, fand auch ein Großteil der Beratungen durch spontane Kontakte an der Bürotür (ohne zuvor vereinbarten Termin) statt.

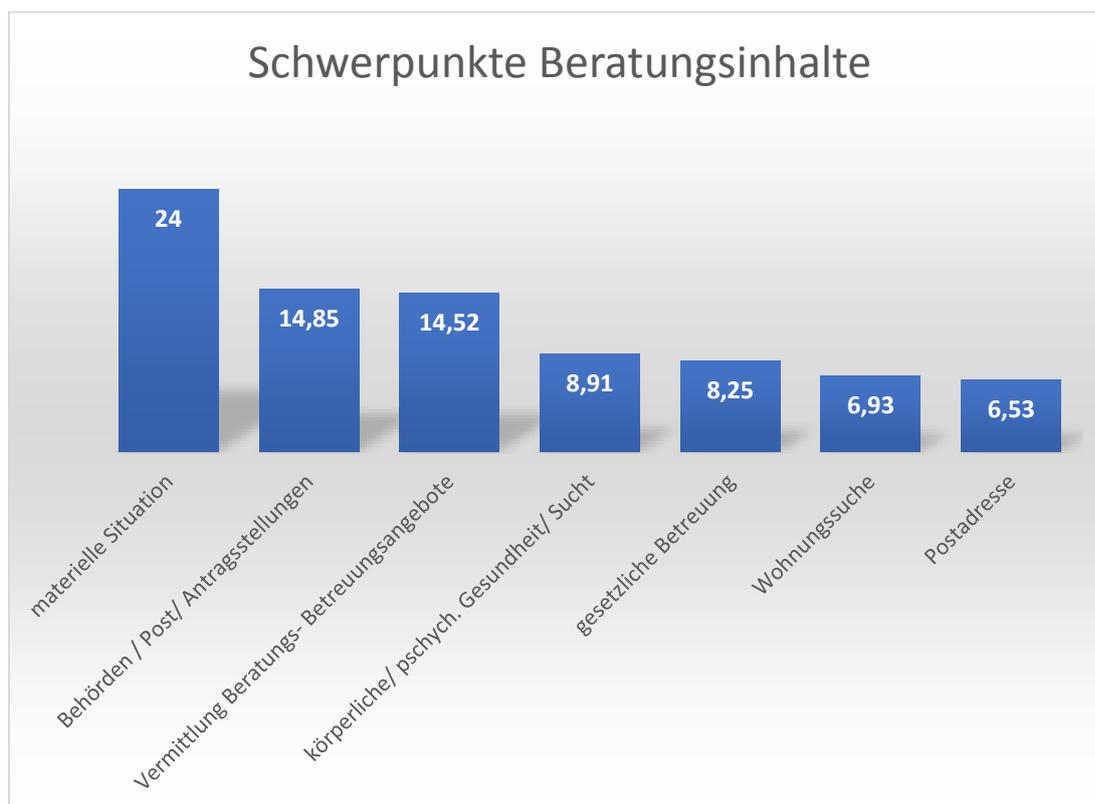
Viele der telefonischen Kontakte und Beratungen mündeten schlussendlich auch immer noch in einem oder mehreren persönlichen Kontakten in der Beratungsstelle, wenn es bspw. um das Ausfüllen von Anträgen, Behördenkontakten usw. ging.

Die aufsuchende Arbeit erfolgte im Beratungsjahr punktuell, in den Fällen wo bspw. ein Erscheinen in der Beratungsstelle aufgrund der körperlichen oder psychischen Verfassung nicht möglich war oder es sonstigen Handlungsbedarf im Wohnumfeld gab.

Zudem war, durch die bisherige Alleinbesetzung und hohe Frequentierung in der der Fachstelle selbst, eine aufsuchende Arbeit nur vereinzelt möglich.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Angebote wie „Kaffee und Keks“ und die Lebensmittelausgabe (**gesamt 3 Termine / Woche**), Frühstück im Freien (1x / Monat), bei denen die BewohnerInnen aktiv angesprochen werden, selbst auf uns zukommen, Termine vereinbart und Probleme besprochen werden.

Diese Art der niederschwellig aufsuchenden Arbeit ist in der Beratungs- Statistik nicht erfasst. Auf ein Jahr hochgerechnet ergaben sich zusätzlich ca. 150 Kontaktmöglichkeiten mit KlientInnen, die manchmal dem Kennenlernen, oft aber auch der Anbahnung gezielter Beratungskontakte dienen.



In Prozent, Zeitraum 01.06.22 – 01.06.23

Aus der Statistik Beratungsinhalte geht hervor, dass die Bereiche „materielle Sicherung“, „Behördenkontakte & Antragsstellungen“ sowie „Vermittlung in weiterführende Beratungs- und Betreuungsangebote“ einen hohen Stellenwert in der Beratung einnehmen und in den meisten Fällen als Basis für viele weiteren Schritte in der Beratungsarbeit fungieren, insbesondere wenn es ums Thema Vermittlung in eigenen Wohnraum geht.

Ohne „materielle Sicherung“ und entsprechende „Antragsstellungen“ fehlt den Menschen verständlicherweise auch die Energie und Motivation sich mit weiterführenden Betreuungsangeboten oder gar der Wohnungssuche auseinanderzusetzen (z.B. wenn man nicht weiß, wovon man sich am nächsten Tag was zu essen kaufen soll)

Daneben nimmt der Bereich „psychische Erkrankungen“ und/ oder „Sucht“ einen nicht unbeachtlichen Anteil ein. Durch die bereits vorhandenen niederschweligen Angebote u.a. durch „Talk Inn“ wird v.a. der Gruppe von Menschen mit Suchtproblemen besonderes Augenmerk gewidmet.

Um dem Hilfebedarf dieser Zielgruppe gerecht werden zu können, bedarf es ebenfalls einer Ausweitung des Beratungsangebotes vor Ort und der aufsuchenden Arbeit durch Fachpersonal („Streetwork“)

Dies bezieht sich auch auf die Personengruppe mit einer körperlichen oder psychiatrischen Erkrankung, insoweit diese nicht bereits an ein Unterstützungsangebot wie z.B. ABW angebunden sind und/oder unter Betreuung stehen.

Eine geeignete Wohnung zu finden und aus der Notunterkunft auszuziehen ist für viele der BewohnerInnen ein zentrales Thema.

Es hat sich gezeigt, dass v.a. in der Anfangszeit (nach Einzug in die Notunterkunft) die Motivation noch am größten ist, insbesondere dann, wenn die Ausgangsvoraussetzungen noch recht gut sind (Arbeitsvertrag, keine Schufa Einträge, Schulden usw.).

Schwieriger wird es bei den Menschen, die schon seit einigen Jahren in der Notunterkunft leben, z. T. schon länger auf den Vormerklisten der Wohnbaugenossenschaften stehen und nicht die „idealen“ Zugangsvoraussetzungen mitbringen, aber durchaus mietfähig wären.

Bei dieser Personengruppe macht sich eine deutliche Resignation und Frustration bemerkbar.

Längerfristig muss auch diesen Menschen eine Perspektive geboten werden.

Hier sind politische Entscheidungsträger, aber auch die Wohnbaugenossenschaften in der Pflicht – (z.B. die sehr hohen Zugangsvoraussetzungen überarbeiten, ein Kontingent an Wohnungen für diese Personengruppe bereitstellen etc.)

Man kann hinsichtlich der Inanspruchnahme der Beratung eine Zweiteilung der Bewohner/innen der Notunterkünfte erkennen: ca. zwei Drittel nehmen das Angebot gerne und z.T. intensiv wahr. Dies sind überwiegend Menschen, die noch nicht sehr lange in den Notunterkünften leben, und die eine recht hohe Motivation haben, ihre Situation zu klären und zu verbessern.

Auf der anderen Seite nimmt ca. ein Drittel der Bewohner/innen die Beratung bisher gar nicht in Anspruch.

Dies sind u.a. KlientInnen mit einer langjährigen Sucht- und/ oder chronifizierten psychiatrischen Erkrankung. Daneben kommen Faktoren wie Resignation durch langjährige Aufenthalte in den Unterkünften, Überforderung mit der eigenen Lebenssituation, schlechte Erfahrungen in der Vergangenheit, Unwissenheit oder Sprachbarrieren zum Tragen, die eine Kontaktaufnahme mit der Fachstelle erschweren.

Diese Menschen sind wohl nur mit einer längerfristig angelegten, regelmäßigen aufsuchenden Arbeit zu erreichen. Oft ist es notwendig, zunächst eine Vertrauensbasis herzustellen, bevor inhaltlich und zielgerichtet beraten werden kann.

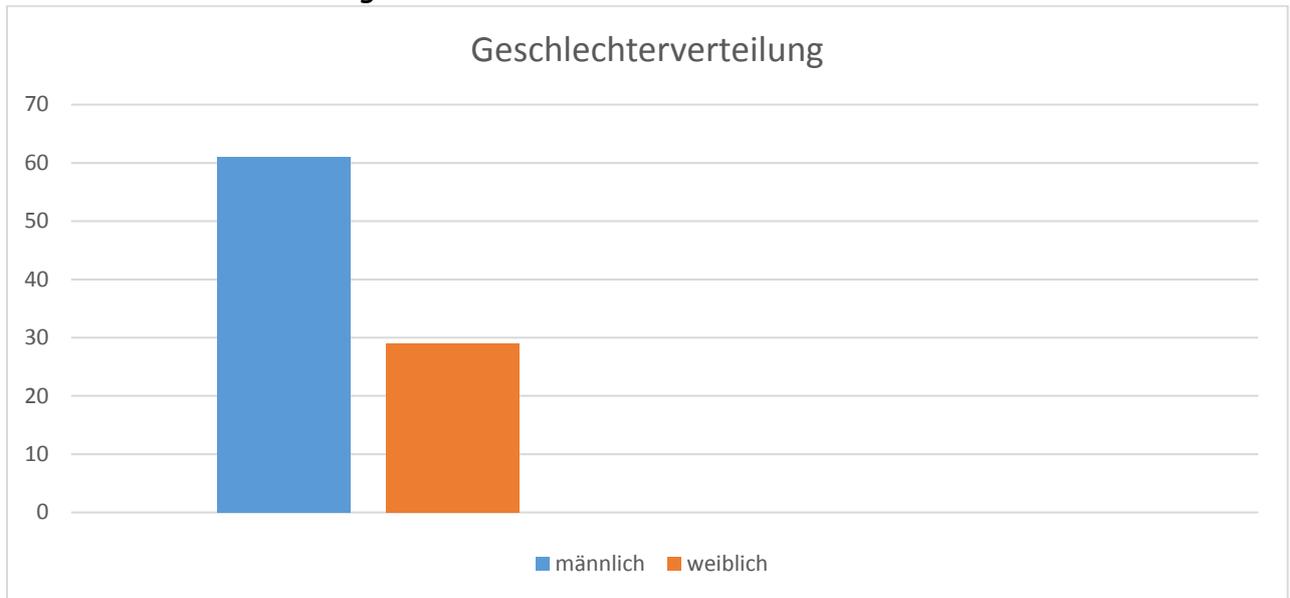
Mit den derzeitigen Personalkapazitäten ist die Fachstelle allerdings bereits stark ausgelastet, so dass für die aufsuchende Arbeit in der eigentlich erforderlichen Intensität keine ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Neben den Hauptzielen der Fachstelle, wie die Unterstützung bei der Wohnungssuche, existenzsichernden Maßnahmen, Antragsstellungen usw., muss der Fokus verstärkt auf den individuellen Hilfebedarf der Klientinnen und Klienten gelegt werden.

Dies bedarf, wie bereits erwähnt, einer Anpassung der Personalsituation vor Ort, um die Menschen besser erreichen und intensiver und zielgerichteter begleiten zu können - auf Ihrem weiteren Lebensweg aus den Unterkünften in andere Wohn-, bzw. Betreuungssettings.

Dies wird nicht immer sofort die eigene Wohnung sein, da es bis dahin manchmal vieler kleiner „Zwischenschritte“ bedarf. Aus den Erfahrungen mit „Housing- First“- Angeboten in anderen Städten kann man allerdings schließen, dass ein Großteil der BewohnerInnen der Notunterkünfte mit entsprechender Begleitung/ Betreuung in einem eigenen, mietvertraglich abgesicherten Wohnumfeld zurechtkommen würde.

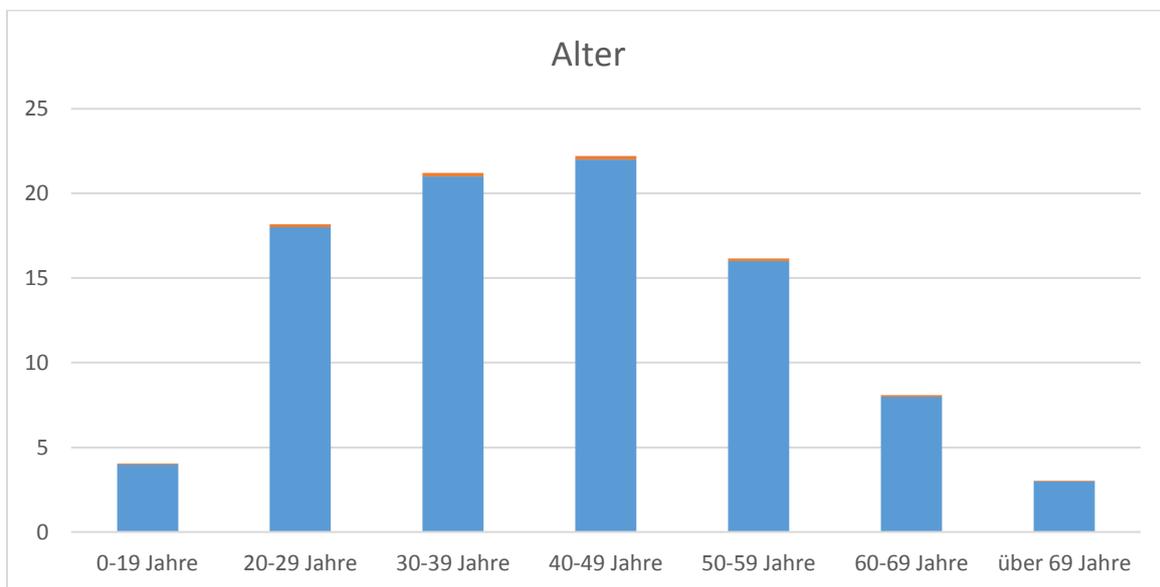
2.2 Geschlechterverteilung



In Prozent, Zeitraum 01.06.22 – 01.06.23

Es nahmen prozentual mehr Männer als Frauen das Beratungsangebot wahr. Dies ist u.a. auf den prozentual höheren Anteil an Männern in den Notunterkünften zurückzuführen.

2.3 Alter



In Prozent, Zeitraum 01.06.22 – 01.06.23 (ausgehend von 94 Personen)

Es zeigt sich ein hoher Anteil an „jungen Volljährigen“ (Personen, ab 18 Jahren, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben). Oft wird eine weiterführende Hilfe durch das Jugendamt nicht mehr gewährt, da kein Hilfebedarf mehr besteht oder die Maßnahme bspw. durch fehlende Mitwirkungsbereitschaft eingestellt wurde.

Auf diese Personengruppe sollte auch ein besonderes Augenmerk gelegt werden, mit dem Ziel den Aufenthalt in den Unterkünften zeitlich möglichst kurz zu halten, um eine drohende Verschlechterung der persönlichen Lebenssituation zu verhindern.

Hier kann ebenfalls eine Intensivierung der aufsuchenden Arbeit positiv dazu beitragen.

Es besteht ein Kontakt mit dem Stadtjugendring, bzgl. dem neu geschaffenen Beratungs- und Begleitungsangebot „Lebens(t)raum; Zukunfts(t)raum, Vielfalts(t)raum“ für genau diese Personengruppe (Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 26 Jahren).

Es geht um eine individuelle, pädagogische Unterstützung der jungen Menschen in sämtlichen Lebensbereichen (Casemanagement) und im Bereich Wohnen.

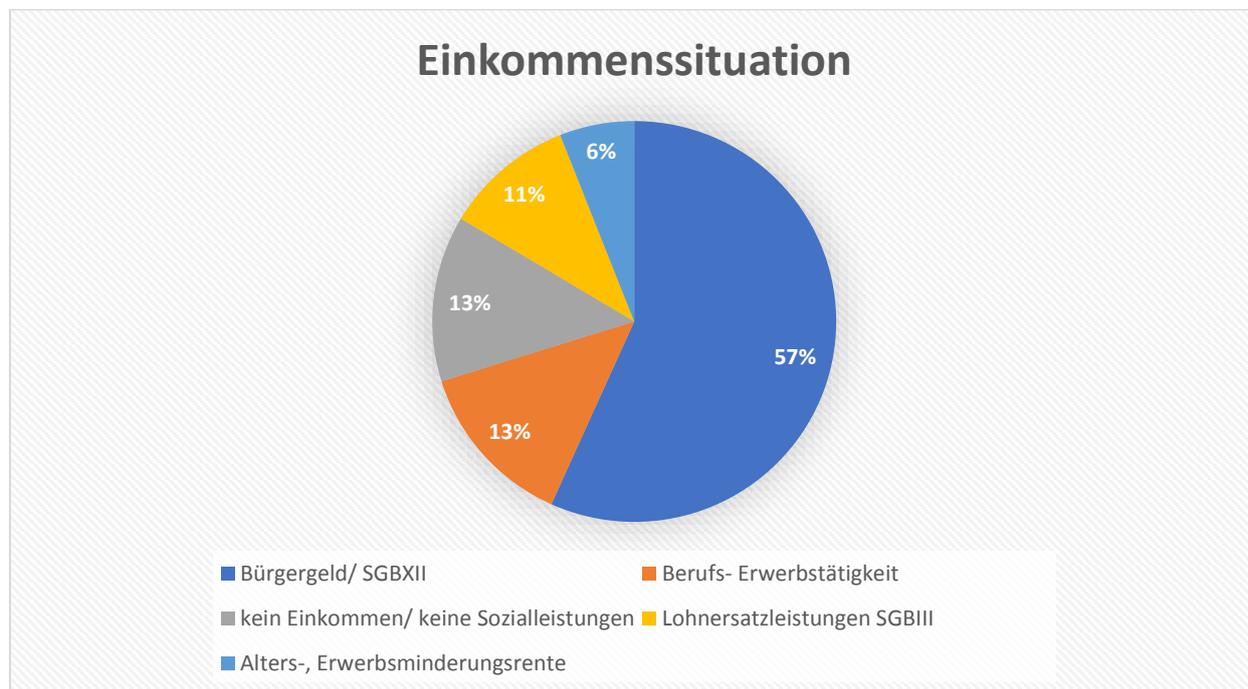
In der Altersgruppe bis 19 Jahre sind nur die volljährigen Personen erfasst, die in der Beratung vorgesprochen haben.

Nicht außer Acht zu lassen ist der Anteil der Familien und Alleinerziehenden mit Kindern in den Notunterkünften.

Insbesondere für Kinder ist die Lebenssituation in den Notunterkünften eine besondere Herausforderung und Belastung, die maßgeblich Einfluss auf deren Entwicklung nimmt.

Mangels passender Wohnraumangebote auf dem freien und geförderten Wohnungsmarkt für mehrköpfige Familien, verharren diese teils Jahre in den Notunterkünften.

2.4 Einkommenssituation



In Prozent, Zeitraum 01.06.22 – 01.06.23

Aus der Statistik zur Einkommenssituation geht hervor, dass über die Hälfte der beratenden Personen im Bürgergeld bzw. SGBXII Leistungsbezug waren (ca. 54 Personen).

Auch der Anteil der Personen, die ohne jegliches Einkommen in die Beratung kamen, ist mit 13 % recht hoch. Fast alle dieser Personen waren zudem ohne jeglichen Krankenversicherungs- Schutz, teils schon über Jahre hinweg.

Von den 12 Personen (13%) konnte für 10 Personen eine Sicherstellung der materiellen Versorgung durch ALGII bzw. jetzt Bürgergeld erwirkt werden.

Von den 54 Personen (57%) im Bürgergeldbezug, die vorgeschrieben haben, ergab sich für 11 Personen eine Beschäftigungsperspektive und somit auch eine Verbesserung der Einkommenssituation (mindestens Minijob bis hin zur Vollzeit Tätigkeit). Ein weiterer Teil wurde in eine Maßnahme des Jobcenters vermittelt oder es fanden gutachterliche Verfahren im Hinblick auf Überprüfung der Erwerbstätigkeit statt.

Von den 10 erfassten Personen (11%) im ALGI Bezug, fanden etwa 6 Personen eine neue Beschäftigung bzw. nahmen an einer Maßnahme teil.

3. weitere Beratungsergebnisse:

3.1 Ein- /Auszüge

Im Beratungsjahr fanden in den Notunterkünften 71 Einzüge und 68 Auszüge statt. In diesen Zahlen sind Umverlegungen und Wiedereinzüge, z.B. nach einer längeren Abwesenheit mit inkludiert.

Es zeigt sich anhand der Zahlen, dass sich trotz des Drucks auf dem Wohnungsmarkt die Zahl der untergebrachten Menschen nicht weiter erhöht hat.

Dies ist letztendlich auch auf das Beratungs- und Unterstützungsangebot der Fachstelle zurückzuführen, da dieses wie schon erwähnt gut angenommen wurde.

3.2 Wohnraum

Im Beratungsjahr fanden mit Unterstützung der Beratungsstelle mind. 6 Personen eine Wohnung (die in Beratung waren und bei denen es erfasst wurde)

Die Zahl liegt aber wesentlich höher, wie die Zahlen auch zeigen, da viele Auszüge, u.a. auch in eigenen Wohnraum, nicht immer mit der Fachstelle seitens der Klienten kommuniziert und Rückmeldung gegeben wurde.

3.3 rechtliche Betreuungen

Es wurden über die Fachstelle für mind. 7 KlientInnen eine Betreuung angeregt in Zusammenarbeit mit der Betreuungsstelle. Es wurden über die Fachstelle Treffen mit der Betreuungsstelle/ Klient oder Betreuer/ Klient vermittelt. Die Erstkontakte fanden z.T. in den Büroräumen oder im Wohnumfeld der KlientInnen statt, insoweit dies gewünscht war.

3.4 Verschuldungssituation

Bei mindestens 10 Klienten konnte eine Verbesserung der Verschuldungssituation erreicht werden, überwiegend durch Vermittlung zur Schuldenberatung (und weiterführend ggf. Privatinsolvenz) oder

es fand mit Unterstützung der Fachstelle eine Kontaktaufnahme mit Gläubigern statt um Ratenzahlungen etc. zu vereinbaren.

Erwähnenswert ist auch, dass dadurch ebenfalls erneute Inhaftierungen vermieden werden konnten (z.B. durch Ratenzahlungsvereinbarung mit der Staatsanwaltschaft)

3.5 ambulante Hilfen

Es fanden Hilfeplangespräche in den Räumlichkeiten der Fachstelle statt, mit Bezirk, KlientInnen und Fachstelle, z.B. zur Beantragung eines ambulant betreuten Wohnens.

Für 3 Klienten wurde ein ABW eingerichtet, von dem diese nun profitieren und bei der Bewältigung anstehender Aufgaben unterstützt werden. Zudem wurde eine deutliche Stabilisierung erreicht, die wiederum Grundlage für die weitere Zielverfolgung in Richtung eigener Wohnraum oder anderweitige Betreuungsformen zu sehen ist.

3.6 Postadressen und prekäre Wohnverhältnisse

Zudem gab es immer wiederkehrende Anfragen von Menschen in prekären Wohnsituationen, z.B. ohne Mietvertrag, bzgl. dem Einrichten einer **Postadresse**, um den Zugang zu existenzsichernden Leistungen zu gewährleisten und auch für sonstige Behörden erreichbar zu sein.

Die deutlich zunehmende Nachfrage an Postadressen ist auch als Indikator für eine Zunahme betroffener Personen, die in prekären Wohnsituationen leben, zu bewerten. Im Zeitraum des Beratungsjahres 06/22 – 06/23 richteten **16 Personen** eine Postadresse ein.

Entsprechend der bestehenden Kooperationsvereinbarung ist es nicht vorgesehen, die Personen, die eine Postadresse angemeldet haben, weiterführend zu beraten. Dies wäre aber in einigen Fällen zielführend, um eine Einweisung in die Notunterkunft abzuwenden.

4. Was ist noch erwähnenswert/ Aktionen zur Teilhabe

- ➔ In Kooperation mit Talk Inn, dem Stadtteilbüro, der Straffälligenhilfe, der OBA und Ehrenamtlichen Helfern wurden immer wieder kleinere Aktionen und Angebote geplant und durchgeführt, wie dem Bänke- Bau in der Reinhartserstr. 2, kostenlose „Haarschneideaktionen“ für die BewohnerInnen, ein vorweihnachtliches Programm in den Notunterkünften.
- ➔ Zudem kam es zur Weiterführung der „fest etablierten“ niederschweligen Angebote wie „Kaffee und Keks“, der Lebensmittelausgabe und einmal pro Monat „das Frühstück im Freien“.
- ➔ Am 15. Juni 2023 fand auf Initiative von Herrn A. Hold in Kooperation mit dem TIK eines von drei Hinterhofkonzerten in der Reinhartser Str. statt – ein m. E. wichtiges Zeichen, dass die Menschen nicht „vergessen“ werden und man ihnen Wertschätzung entgegenbringt.
- ➔ Es konnten Ehrenamtliche zur Unterstützung der Menschen in den Notunterkünften aus dem Ehrenamtspool gewonnen werden, z.B. bei der Unterstützung von BewohnerInnen bei Umverlegungen oder Umzügen.

- Es fanden Umfragen in den Notunterkünften statt, z.B. durch Studierende der Hochschule. Hierbei ging es u.a. um Fragen bzgl. dem Zugang zu Gesundheitsangeboten und Hygiene

5. Zusammenfassung und Ausblick:

Die Notunterkünfte sind quantitativ dicht belegt. Eine Entspannung in den Belegungszahlen bspw. durch eine Zunahme der Auszüge ist angesichts des extrem zugespitzten und zugleich für unser Klientel deutlich zugangsbeschränkten Wohnungsmarktes nicht bald zu erwarten. Auch motivierte BewohnerInnen mit einer positiven Mietprognose warten teils sehr lange auf eine passende Mietwohnung.

Bei den Menschen in den Unterkünften bestehen vielfältigste Problemlagen, die in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müssen.

Viele von ihnen sind schwer erreichbar, stehen dem Beratungsangebot ablehnend gegenüber oder sind schlichtweg mit ihrer Lebenssituation überfordert. Auch scheitert es häufig an einer Kontinuität in der Beratung. Gerade bei Menschen mit Suchterkrankung und psychischer Erkrankung ist es oft ein langwieriger Prozess, eine vertrauensvolle und dauerhafte Kooperation herzustellen, um zielgerichtet im Sinne einer Hilfeplanung arbeiten zu können.

Angesichts der geballten Problemlagen und Bedarfe ist eine Weiterführung des vorhandenen Beratungsangebotes unerlässlich. Auch kann eine Vollzeitstelle einiges leisten, wird aber keineswegs der Gesamtheit der vorhandenen Hilfebedarfe der KlientInnen gerecht. Zudem erwies sich die Einzelbesetzung der Vollzeitstelle im Laufe des Jahres nicht immer praktikabel. Es gab bspw. keine konstante Urlaubsvertretung oder Ersatz bei Krankheitsausfällen. Daher wird es zum 01.07.23 eine Änderung in der Besetzung geben. Die Vollzeitstelle wird in zwei Teilzeitstellen aufgeteilt zu je 20 Wochenstunden. Mit Herrn Simon Ried wird es zudem eine geschlechterparitätische Besetzung geben, die sicherlich auch in der Klientenberatung deutliche Vorteile mit sich bringt. Ebenso wird die aufsuchende Arbeit in den Unterkünften zu zweit besser umsetzbar sein.

Allerdings muss man realistischere - angesichts des umfassenden Beratungsbedarfs und der vielen betroffenen Menschen – bei der derzeitigen personellen Ausstattung sich mit kleinen Entwicklungsschritten bescheiden, da weiterhin unmittelbare Notlagen im Vordergrund stehen werden.

Um möglichst viele Bewohner/innen der Notunterkünfte zu erreichen und eine individuelle Hilfeplanung zu initialisieren, wäre aus fachlicher Sicht eine Ausweitung des Beratungsangebots um eine weitere halbe Stelle angezeigt.

Kempton, 22.09.2023

Sarah Piersig
Fachberaterin

Rüdiger Leibfried
Leitung